

# Das Windrad im Dorf lassen

Bioenergieregion kämpft gegen „Landnahme“ von außen und wirbt für Alternative

Hohenlohe ist das neue Eldorado für Windschürfer. Energieversorger, Investoren und Planer ziehen durch die Region, um Eignern Flächen abzuluchsen, auf denen sich mit Windrädern Geld verdienen lässt.

RALF REICHERT

**Mulfingen.** In einer Höhe von 140 Metern bläst es in weiten Teilen der Kreise Hohenlohe, Schwäbisch Hall und Main-Tauber so stark, dass theoretisch jeder Standort in Frage kommt, der auf der zügigen Ebene liegt. Im neuen Windatlas des Landes sind diese weiträumigen Flächen tiefrot (sehr gute Windgeschwindigkeit) bis orange (ordentliche Windgeschwindigkeit) markiert: ein ideales Spielfeld für lukrative Geschäfte.

So groß, dass theoretisch Tausende Parzellen für die Windkraft in Frage kommen und deshalb eine nach der anderen abgegrast wird – obwohl politisch und rechtlich noch gar nicht feststeht, wo überhaupt neu gebaut werden darf. Die EnBW und ihre regionale Tochter Zeag, die privaten Schwergewichte Juwi, Winreich und Ostwind oder der Energieversorger MVV: Sie alle machen ordentlich Wind und wollen sich die Standorte frühzeitig sichern. Sie klopfen bei Gemeinden an oder bei Landwirten. Und sie versprechen: Alles wird gut, wenn ihr bei uns unterschreibt.

Die Bioenergieregion Hohenlohe-Odenwald-Tauber (HOT) stellt sich jetzt gegen diese „aggressive Flächenakquise“, wie Sebastian Damm, der Geschäftsführer, solche Praktiken nennt. Er warnt vor „Rundum-Sorglos-Paketen“, die schwer durchschaubare Bedingungen diktierten und „Tatsachen schaffen, ohne die Bürger zu beteiligen“. Und weil HOT die Wertschöpfung aller erneuerbaren Energieträger regional gewahrt wissen möchte, reagiert der Verbund sehr allergisch auf die „Eindringlinge“ von außen.

Deshalb probten Damm und seine Mitstreiter dieser Tage in Mulfingen den großen Schwur. Bei der ersten „Netzwerkkonferenz Wind-



Mehr als 400 Besucher waren jetzt zur ersten „Netzwerkkonferenz Windkraft“ der Bioenergieregion in die Stauseehalle nach Mulfingen gekommen. Hier spricht Herbert Specht, der bei Westernhausen zwei Windräder betreibt. Foto: Ralf Reichert

kraft“, zu der mehr als 400 Besucher erschienen waren: Bürgermeister und Gemeinderäte, Ortsvorsteher und Kreisräte, Bauern, Banker und sonstige Bürger. Von dem Treffen sollte das Signal ausgehen: Lasst euch von dem Sturm an Anfragen nicht umhauen. Verpachtet die Flächen nicht zu voreilig. Lest das Kleingedruckte genau durch. Und orientiert euch lieber an einem anderen Modell, das – in guter genossenschaftlicher Tradition – „das Geld des Dorfes dem Dorfe“ lässt.

Genau dieser Satz stand schwarz auf gelb vor dem Rednerpult, auf einem alten Werbeschild, das Michael Diestel dort hingestellt hatte.

## Ziel der Genossenschaft: Bürgerprojekte anstoßen

**Windkraft-Standorte** gibt es viele in Hohenlohe – zieht man nur die Windstärken in Betracht. Doch es bedarf einer exakten Prüfung vor Ort. Und dem Einverständnis der Region und

den Gemeinden. Auswärtige Investoren wollen sich möglichst viele Flächen sichern: durch Gestattungsverträge mit den Eigentümern. Die Regionalentwicklungsgenossenschaft will

Der Geschäftsführer des Kreisbauernverbands Rhön-Grabfeld zeichnete den Weg vor, den die Hohenloher am besten gehen sollten: „Alle für einen. Einer für alle.“ Oder: „Was dem Einzelnen nicht möglich ist, schaffen viele.“ Das ist der Wahlspruch von Friedrich Wilhelm Raiffeisen, dessen Erbe sich wie ein roter Faden durch diesen Abend zog und das die Anwesenden überzeugen sollte, in örtlicher Eintracht geeignete Flächen zu bündeln, Windkraftprojekte gemeinsam zu entwickeln und den Ertrag brüderlich unter den Partnern im Dorf zu teilen.

Das klingt idealistisch, ist aber realistisch. In Hohenlohe, Hall und

das Flächenmanagement im Dorf lassen und finanzielle Sicherheit bieten. Ziel ist es, Bürgerprojekte anzustoßen, die später selbst entscheiden, wer das Windrad wie betreibt. rei

Main-Tauber gibt es bereits einige Bürgerwindparks. Und auch Michael Diestel warb für die Strukturen seiner „Agrokraft GmbH“ mit Sitz in Bad Neustadt, die sich gegen die „Landnahme“ von außen stemmt. Die Gesellschaft sammelt lieber das Geld bei den Leuten vor Ort ein, bei „Bürgermeistern, Pfarrern, Lehrern, Rentnern, Bauern und Beamten“, um es dann in Fotovoltaik- und Biogasanlagen zu stecken und die Gewinne so im Dorf zu lassen.

Was noch fehlt, ist eine Dachorganisation, eine „Regionalentwicklungsgenossenschaft“. Dieses Konstrukt, eine Art Flächensicherungsverbund in Bürgerhand, soll jetzt dort und in Hohenlohe-Odenwald-Tauber gegründet werden. Es wäre einmalig in Deutschland. „In spätestens drei Wochen sind wir so weit“, sagt Sebastian Damm, eine Absichtserklärung wurde ebenfalls unterschrieben. Michael Diestel warnte, keine Zeit zu verlieren. „Sie haben dieses Jahr keine Sommerpause.“ Seien die Flächen erstmal weg, gebe es kein Zurück.